

**Niederschrift****über die 10. Sitzung des Finanzausschusses vom 19.08.2020**  
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:35 Uhr

Anwesenheit: Soll: 9 Mitglieder des Finanzausschusses  
Ist: 9 Mitglieder des Finanzausschusses

## Tagesordnung

**1. Eröffnung und Begrüßung**

Die 10. Sitzung des Finanzausschusses wird durch **Ratsfrau Muth**, Vorsitzende des Finanzausschusses, eröffnet.

**2. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

- Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
- Feststellung der Anwesenheit

**Ratsfrau Muth** stellt die ordnungsgemäße Einladung fest. Die Anwesenheit wird festgestellt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

**3. Bestätigung der Niederschrift der 8. Sitzung des Finanzausschusses vom 13.05.2020 und der Niederschrift der 9. Sitzung des Finanzausschusses vom 27.05.2020**

Die Niederschrift der 8. Sitzung des Finanzausschusses wird bestätigt. 8 Dafürstimmen  
1 Enthaltung

Die Niederschrift der 9. Sitzung des Finanzausschusses wird bestätigt. 8 Dafürstimmen  
1 Enthaltung

**4. Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)**

**Frau Schad** berichtet über die aktuellen Kenntnisse zur Entwicklung der Steuern aufgrund der Corona-Krise. So liegt bei der Gewerbesteuer gegenüber dem Bericht in der letzten Finanzausschusssitzung bereits ein Rückgang im Ist um 6,2 Mio. EUR vor. Davon ergeben sich 4,7 Mio. EUR allein aus der Herabsetzung der Vorauszahlung auf Grundlage von Messbescheiden durch das Finanzamt. Bei den Auswirkungen auf den Gemeindeanteil an der Einkommens- bzw. Umsatzsteuer liegen keine neuen Erkenntnisse vor. Hier ist die Septembersteuerschätzung abzuwarten. Auch die Vergnügungssteuer für Spielgeräte ist stark von den Auswirkungen der Corona-Krise getroffen. Weiter geht **Frau Schad** auf die beschlossene finanzielle Entlastung der Kommunen durch den Bund zum Ausgleich der Gewerbesteuermindereinnahmen ein. Hier sichert der Bund 6 Bio. EUR zu, wenn sich die Länder hälftig beteiligen. Andere Bundesländer haben dafür schon Regelungen geschaffen, in Mecklenburg-Vorpommern wurden die Abstimmungen zur

genauen Verteilung erst begonnen. Dennoch zeigt sich **Frau Schad** optimistisch, dass die Gelder noch 2020 fließen können. Sie erklärt, warum die Festlegung eines Schlüssels zur Verteilung nicht leicht ist und welche Schwankungen im Bereich der Gewerbesteuer die Einschätzung der durch Corona bedingten Mindereinzahlungen erschweren können. Sie gibt zu bedenken, dass die Kompensationsmittel nicht als Einnahmen bei den Kommunen angerechnet werden dürfen, da dies sonst eine Bestrafung bei der Ermittlung der FAG-Anteile nach sich ziehen würde.

Auf Nachfrage von **Ratsfrau Dr. Kuhk**, ob die Kompensationsmittel noch nicht in der Prognose eingeflossen sind, bestätigt **Frau Schad** dies, macht aber gleichzeitig darauf aufmerksam, dass sich die Verluste bei der Gewerbesteuer gegenüber der Prognose noch verschlechtern können und kein voller Ausgleich der Steuerausfälle erwartet werden kann.

**Frau Schad** informiert, dass mit dem Doppik-Erleichterungsgesetz die Pflicht zur Erstellung eines Gesamtabchlusses erst ab 2024 besteht. Da die Stadt sich derzeit bei der Fertigstellung des Gesamtabchlusses 2012 befindet und bei einer Fortführung der Aufstellung der Gesamtabchlüsse ab 2012 man erst im Jahr 2028 laufend wäre, wurde intern entschieden, den Gesamtabchluss 2012 noch fertig zu stellen, als Neubeginn zum 01.01.2021 eine Gesamteröffnungsbilanz aufzustellen und mit der Erstellung eines Gesamtabchlusses zum 31.12.2021 fortzufahren.

**Ratsfrau Muth** erkundigt sich, welche finanziellen Auswirkungen der Beschluss, freilaufende Katzen auch als Fundtiere einzustufen, auf den städtischen Haushalt hat. **Herr Bachmann** führt dazu aus, dass als Höchstgrenze mit zusätzlichen Kosten von 500,0 bis 550,0 TEUR gerechnet werden kann. Diese Mehrkosten wären über das FAG M-V auszugleichen. Inwieweit dies erfolgen wird, ist derzeit aber nicht bekannt.

**Ratsfrau Dr. Kuhk** fragt, ob diese Thematik nicht im Finanzausschuss zu behandeln wäre, da die gesetzliche Regelung und die damit einhergehenden Mehrkosten bereits ab 2020 wirken. **Herr Bachmann** erklärt, dass die Umsetzung der Regelung nach und nach erfolgen wird. Derzeit gebe es Überlegungen, die Aufgabe der SJZ gGmbH aufzutragen. Bis Jahresende soll dazu ein Konzept in der Stadtvertretung behandelt werden.

**Ratsfrau Strelow** berichtet von der Praxis hinsichtlich der von Ehrenamtlichen betriebenen Futterstellen und sieht zukünftige Probleme bei der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen. Sie geht auch auf die Problematik der Kastration von Katzen ein.

**Ratsfrau Dörnbrack** zeigt sich bestürzt über die Größenordnung der Kosten und erkundigt sich, ob es dazu Reaktionen von anderen Gemeinden gibt. **Frau Schad** erklärt, dass der Städte- und Gemeindetag vor dem Erlass der Verwaltungsvorschrift eine Stellungnahme unter Berücksichtigung der Hinweise der Mitgliedskommunen abgegeben hat.

**Herr Bachmann** hält eine Präsentation zum unterjährigen Bericht zum 31.05.2020. Er geht darauf ein, dass die Höhe der außerplanmäßigen Belastungen bei den städtischen Unternehmen noch offen sind und inwieweit diese durch die Stadt ausgeglichen werden könnten. Hinsichtlich der Konsolidierungsvereinbarung wird es noch Abstimmungen zur Anpassungen geben in Abhängigkeit der Höhe der zu erwartenden Ausgleichsleistungen für den durch Corona bedingten Ausfall bei den Gewerbesteuern.

Er geht weiterhin auf die hohe Anzahl der nicht besetzten bzw. von Krankheitsausfall betroffenen Stellen ein. Auf Nachfrage von Ratsherrn Lange zum Vorkommen von Überlastungsanzeigen erklärt **Frau Schad**, dass diese nur in Einzelfällen vorkommen und die Probleme meistens vorher intern geklärt werden.

**Ratsherr Kowalick** erkundigt sich, ob die von der Haushaltssperre betroffenen Maßnahmen konkret benannt werden können. **Herr Bachmann** führt dazu aus, dass in dem Zusammenhang über den gesamten Haushalt eine genauere Prüfung auf Notwendigkeit und Unaufschiebbarkeit erfolgt.

**Ratsfrau Dr. Kuhk** lobt die wunderbare Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den städtischen Unternehmen, durch die schnell auf die Kurzarbeit reagiert werden konnte.

Anschließend wird die Information über den Stand der Bewilligung und Auszahlung von Mitteln an Vereine und Verbände behandelt. **Ratsherr Kowalick** bittet darum, Anlagen zukünftig in einer besser lesbaren Größe zu versenden. **Ratsfrau Muth** bittet darum, die Übersicht über den Stand der Bewilligung und Auszahlung von Mitteln an Vereine und Verbände für den Bereich Wohlfahrtspflege weiter untergliedert für die nächste Finanzausschusssitzung am 26.08.2020 aufzubereiten. **Frau Schad** sichert dies zu.  
(Anlage 1)

## 5. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

**Ratsfrau Muth** schlägt vor, den nichtöffentlichen TOP 7 von der Tagesordnung zu nehmen und stattdessen erst in der Sitzung vom 26.08.2020 zu behandeln, da am 26.08.2020 auch der Jahresabschluss der neu.sw behandelt wird, zu dem Herr Karn ebenfalls Auskunft geben würde. So müsste er nur an einer Sitzung teilnehmen. **Ratsfrau Dr. Kuhk** zeigt Mitwirkungsverbot für TOP 9 an.

Die geänderte Tagesordnung wird bestätigt.

9 Dafürstimmen

## 6. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

### Öffentliche Beratungsgegenstände

TOP 1	<b>VII/304</b>	Beschluss über die Annahme einer Spende der Frau Adelheid Sandhof durch die Stadtvertretung – Sachzuwendung für den Bestand der Kunstsammlung – 46 Kunstwerke
-------	----------------	---

9 Dafürstimmen

TOP 2	<b>VII/305</b>	Beschluss über die Annahme einer Spende des Freundeskreises der Kunstsammlung Neubrandenburg e. V. durch die Stadtvertretung – Sachzuwendung für den Bestand der Kunstsammlung – 4 Kunstwerke
-------	----------------	---

9 Dafürstimmen

TOP 3	<b>VII/361</b>	Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung der Frau Dr. Karolin Heinze durch den Hauptausschuss für das III. Quartal 2020 – Geldzuwendung für die Herstellung einer Parkbank vom Typ „Stadtbank“ durch den Bauhof
-------	----------------	---

9 Dafürstimmen

TOP 4	<b>VII/367</b>	Erhöhung der Sicherheit durch Verstärkung der Präsenz des Ordnungsamtes im Stadtgebiet
-------	----------------	--

**Herr Schmiedel** erklärt, dass das Ordnungsamt mit der jetzigen Mitarbeiterzahl dem Wunsch der Bürger zur Erhöhung der Präsenz in den verschiedenen nicht nachkommen kann. Mit der Vorlage soll dies umgesetzt werden. Er sichert außerdem auf Nachfrage von **Ratsfrau Dr. Kuhk** zu, dass die abweichenden Aussagen zwischen der Begründung und den finanziellen Auswirkungen mit einem Änderungsblatt behoben werden.

7 Dafürstimmen  
2 Enthaltungen

TOP 5      **VII/368**      Erhöhung der Sicherheit in der Innenstadt durch präventive Projektarbeit im Bereich des Friedländer Tores

**Herr Schmiedel** erklärt, dass man mit der derzeitigen Personalkapazität nicht in der Lage sei, sich mit der speziellen Situation am Friedländer Tor präziser zu beschäftigen. Durch die mit der Vorlage angedachte Präventionsmaßnahme solle aber für mehr Ordnung und Ruhe in dem Bereich gesorgt werden. Er macht auch darauf aufmerksam, dass sich nicht alle Jugendlichen am Friedländer Tor, sondern nur vereinzelte Gruppen störend verhalten. Eine Lösung soll gemeinsam mit den Jugendlichen gefunden werden. Er geht darauf ein, dass Jugendarbeit nicht Aufgabe der Stadt und daher eine freiwillige Leistung ist. Außerdem seien für die Caritas neue Projekte gerade schwierig.

**Ratsherr Pawlowski** weist darauf hin, dass einige der Jugendlichen in Vereinen organisiert sind, und fragt, ob über Gespräche mit den Vereinen versucht wurde, eine Lösung zu finden. **Herr Schmiedel** bestätigt den Kontakt zu den entsprechenden Vereinen: Dadurch ergibt sich aber keine Lösung, da es sich am Friedländer Tor um sehr unterschiedliche Jugendgruppen handelt.

**Ratsherr Kowalick** erkundigt sich, ob im Projekt Partnerschaft für Demokratie bereits konkrete Projekte vorliegen, da ihm keine bekannt sind, und schlägt vor, auch den Landkreis als zuständige Stelle für Jugendarbeit mit ins Boot zu holen.

**Ratsherr Prof. Dr. Freigang** bemerkt, dass mit der Vorlage finanzielle Entscheidungen vor der Haushaltsplanung 2021 getroffen werden. Außerdem hat er Zweifel, dass eine befristete Projektarbeit hilft, etwas Dauerhaftes zu bewirken.

**Ratsfrau Dr. Kuhk** bemängelt, dass aus der Vorlage nicht konkret ersichtlich ist, welche Maßnahmen geplant sind. Sie äußert die Bitte, die Experten von der Caritas dazu zu befragen. Sie weist darauf hin, dass die Mittel aus dem Projekt „Partnerschaften für Demokratie“ begrenzt sind, und dass ein Kleinprojekt zur Lösung des Problems nicht ausreicht. Stattdessen sollte an dem Standort ständige Präsenz gezeigt werden. Sie empfiehlt, dass die Caritas einen Plan vorlegt, was machbar ist und wie teuer dies wäre.

**Ratsherr Lange** gibt zu bedenken, dass man den Jugendlichen ein Angebot machen muss, wohin sie ausweichen können.

**Ratsherr Stieber** berichtet, dass im Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit kein Votum erfolgte. Herr Modemann habe Überlegungen angestellt, die Vorlage zurück zu ziehen. Er schlägt vor, keine Abstimmung vorzunehmen. **Ratsfrau Muth** stimmt dem Vorschlag zu, will die Diskussion im Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport abwarten und verweist darauf, dass die Vorlage daher auch auf der Einladung der Sondersitzung vom 26.08.2020 steht. **Ratsfrau Dörnbrack** ergänzt, dass auch ihr zu wenig Konkretes zur Projektarbeit aus der Vorlage hervorgeht. Auch sie sieht die Lösung in der Schaffung eines Ortes, an dem sich die Jugendlichen aufhalten können. **Ratsherr Pawlowski** schließt sich der Meinung an, dass zu wenig Informationen mit der Vorlage vorliegen und eine Abstimmung erstmal verschoben werden sollte.

**Herr Schmiedel** berichtet, dass mit dem Landkreis und der Caritas schon Kontakt gesucht wurde, es aber an Angeboten mangle seit der Kreisgebietsreform und dem Aufgabenübergang der Jugendhilfe an den Landkreis. **Ratsfrau Dr. Kuhk** erwidert, dass der Landkreis gute Jugendarbeit leiste und nicht alle geplanten Mittel für die mobile Jugendarbeit mangels ausreichender Projektanträge ausgezahlt werden können. Sie gehe davon aus, dass beim Landkreis Konsens zur Förderung bestehen würde, falls ein entsprechender Antrag für ein Projekt von einem Träger eingereicht werden würde.

**Ratsfrau Muth** fasst den Wunsch der Ausschussmitglieder zusammen, keine Abstimmung durchzuführen und das Thema eventuell auf der Sondersitzung erneut zu behandeln.

Auf eine Abstimmung wird verzichtet.

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung geschlossen.

gez. Ratsfrau Muth  
Vorsitzende des Finanzausschusses

gez. Stefanie Karberg  
Protokollantin